

## Streik-Chaos: Busse und Bahnen stehen still - Zehntausende betroffen!

Warnstreik in Hessen vom 11. bis 13. März 2025:  
Auswirkungen auf Verkehr, Kliniken und Kitas, Hintergrund  
Tarifverhandlungen.



In Deutschland kommt es erneut zu einem großflächigen Warnstreik im öffentlichen Dienst. Dieser Streik beginnt am Dienstag, dem 11. März 2025, und dauert bis Donnerstag. Insbesondere in den Städten Frankfurt, Wiesbaden und Marburg sind erhebliche Einschränkungen im Nahverkehr zu erwarten. In Frankfurt stehen die U- und Straßenbahnen still, während Busse sowie S- und Regionalbahnen weiterhin fahren. In Wiesbaden und Marburg ist der Busverkehr vollständig eingestellt. Besonders betroffen sind auch die Kitas in diesen Städten, die geschlossen bleiben.

Wie die **Tagesschau** berichtet, demonstrierten in Frankfurt bereits 8.000 Menschen für die Forderungen der Gewerkschaft

Verdi. Der Streik in Wiesbaden beginnt am Dienstag um 4 Uhr und endet in der Nacht von Donnerstag auf Freitag. In Offenbach hingegen wird voraussichtlich kein Einfluss auf den Busverkehr zu erwarten sein. In Marburg fallen am Dienstag sämtliche Stadtbusse aus, der Busverkehr wird jedoch am Mittwoch wieder aufgenommen.

## **Zusätzliche Auswirkungen und Notfallversorgung**

Die Müllabfuhr in Frankfurt und Wiesbaden muss während des Streiks aussetzen, während in Hanau die Müllabfuhr die gesamte Woche über eingestellt wird. Betroffene Kliniken, wie etwa in Frankfurt-Höchst, Hanau und Kassel, haben Notfallversorgungen eingerichtet. Dies ist eine Reaktion auf die Eskalation des Tarifstreits, der zahlreiche Beschäftigte in Bund und Kommunen betrifft.

Die Grundlage für die aktuellen Auseinandersetzungen bildet der Tarifstreit im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaft Verdi fordert eine Tarifierhöhung von 8 % oder mindestens 350 Euro mehr pro Monat. Außerdem werden höhere Zuschläge für belastende Arbeitszeiten sowie eine Anhebung der Ausbildungsvergütungen gefordert. Ein weiterer Wunsch ist die Gewährung von drei zusätzlichen freien Tagen. Arbeitgeber stellen diese Forderungen als nicht finanzierbar dar. Die nächste Verhandlungsrunde wird am 14. März in Potsdam stattfinden, was besonders im Hinblick auf die laufenden Streiks von Bedeutung ist.

## **Künftige Perspektiven**

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst 2025 haben bereits begonnen, wobei die erste Verhandlungsrunde im Januar 2025 ohne Einigung endete. Eine zweite Runde im Februar brachte ebenfalls kein Ergebnis. Täglich sind rund 2,3 Millionen Angestellte bei Bund und Kommunen von den Verhandlungen

betroffen, die auf einen bestehenden Tarifvertrag abzielen, der Ende 2024 ausläuft. Um die Situation zu verschärfen, kommt es in der Branche zu einem großen Personalmangel, der viele Beschäftigte unter Druck setzt.

Die Gewerkschaften haben zudem angekündigt, ihre Forderungen im Herbst 2024 vorzustellen. Eine Übertragung der Tarifergebnisse auf Bundesbeamte sowie eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit stehen ebenfalls auf der Agenda. Derzeit sind die Tarifverhandlungen für die rund 2,8 Millionen Beschäftigten eine der größten tariflichen Vereinbarungen in Deutschland und stehen im Schatten eines tragischen Vorfalls, der am 13. Februar in München geschah, als ein Fahrzeug in eine Menschenmenge fuhr und zahlreiche Verletzte hinterließ.

Die Situation im öffentlichen Dienst bleibt angespannt, und die kommenden Verhandlungen könnten entscheidend für die zukünftige Ausstattung und Besoldung der Beschäftigten sein. Trotz der höflichen Forderungen der Gewerkschaften sieht die VKA (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber) diese als unrealistisch an, was die Verhandlungen zusätzlich kompliziert.

#### Details

#### Quellen

- [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)
- [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de)

**Besuchen Sie uns auf: [aktuelle-nachrichten.net](http://aktuelle-nachrichten.net)**